

Noch Anlage 11:

Synopsis der Höheren Naturschutzbehörde (HNB) zur gutachterlichen Stellungnahme von Prof. Dr. Schink (Stand: 26.04.2018)

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
IV. Zulässigkeit des Ausschlusses der Erweiterung der Abgrabung im Teutoburger Wald wegen einer erheblichen Beeinträchtigung des FFH-Gebiets „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“	
<p>Die Regionalplanungsbehörde folgt bei ihrem Vorschlag der Ablehnung der Darstellung der von der Fa. Dyckerhoff vorgeschlagenen Erweiterung ihrer Abgrabungsflächen als BSAB-Gebiet der Bewertung der HLB. Diese anerkennt zwar, dass für die Erweiterung ein öffentliches Interesse besteht. Sie lehnt die Zulässigkeit einer für die planerische Darstellung erforderlichen Abweichungsentscheidung indessen ab, weil sie der Auffassung ist, dass das öffentliche Interesse, das für die Erweiterung spricht, weder zwingend ist noch ihm gegenüber dem Interesse an der Erhaltung des FFH-Gebietes (Integritätsinteresse) Vorrang eingeräumt werden kann.</p>	Wird zur Kenntnis genommen
<p>1. Erhebliche Beeinträchtigung des LRT Waldmeister-Buchenwald?</p> <p>Eine Abweichungsprüfung ist nach Auffassung der HLB nach § 34 Abs. 3 BNatSchG deshalb erforderlich, weil die Erweiterung der Abgrabung der Fa. Dyckerhoff im Bereich Lengerich-Hohne um 17,2 ha eine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald nicht ausschließe. Zu dieser Beurteilung gelangt die HLB unter Anwendung der Fachkonvention nach Lambrecht und Trautner. Hiernach ist die Erheblichkeitsschwelle u.a. bei 1 % bezogen auf den LRT anzusetzen. Die</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Wie Herr. Prof. Dr. Schink richtigerweise ausführt, ist das Erfordernis der Durchführung einer FFH-Verträglichkeitsprüfung durch die Überschreitung der durch TRAUTNER & LAMBRECHT formulierten 1%-Schwelle bei der Inanspruchnahme des LRT 9130 ausgelöst worden. Ferner galt es aber auch zu prüfen, ob weitere LRT und Arten wie z.B. die Kalktuffquellen oder das Große Mausohr erheblich beeinträchtigt werden könnten.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>geplante Erweiterung erfasse 4 % des LRT Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) im betroffenen FFH-Gebiet. Wegen dieser Flächeninanspruchnahme führt sie – so die HLB – zu einer erheblichen Beeinträchtigung des LRT Waldmeister-Buchenwald (LRT 9130) und damit zu einer erheblichen Beeinträchtigung des FFH-Gebietes DE-3813-302 „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“.</p> <p>Das BVerwG hat unter Berufung auf den wissenschaftlichen Erkenntnisstand anerkannt, dass im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung Bagatelleschwellen angewendet werden können, unterhalb derer die Auswirkungen des Vorhabens irrelevant sind.⁴⁹ Sie sind nach Auffassung des BVerwG Ausdruck des unions-rechtlichen Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes des Art. 5 Abs. 1 EUV.⁵⁰ Werden Bagatelleschwellen unterschritten, ist regelmäßig keine Verträglichkeitsprüfung erforderlich; werden sie überschritten, bedarf es hingegen einer Verträglichkeitsprüfung, da eine erhebliche Beeinträchtigung zu besorgen ist.⁵¹</p> <p>⁴⁹ BVerwG, Urt. v. 23.04.2014 – 9 A 25.12 –, Rn. 45; Beschl. v. 06.03.2014 – 9 C 6.12 –, juris Rn. 23; Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22.11 –, juris Rn. 65; Urt. v. 29.09.2011 – 7 C 21.9 –, juris Rn. 42.</p> <p>⁵⁰ BVerwG, Urt. v. 06.11.2012 – 9 A 17.11 –, juris Rn. 62, 93 und LS 3; Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3.06 –, BVerwGE 130, 299 Rn. 124; Beschl. v. 05.09.2012 – 7 B 24.12 –, juris Rn. 7, 12.</p> <p>⁵¹ BVerwG, Urt. v. 29.09.2011 – 7 C 21.09 –, juris Rn. 42. Vgl. auch Möckel, in: Schlacke, GK-BNatSchG, 2. Aufl. 2017, § 34 Rn. 114.</p> <p>⁵² So mit Recht: Möckel, in: Schlacke, GK-BNatSchG, § 34 Rn. 116.</p>	<p>Das durch BOSCH & PARTNER erstellte Fachgutachten, das durch den Antragsteller vorgelegt wurde, kommt selbst zu dem Ergebnis, dass die Beeinträchtigung des LRT 9130 als erheblich einzustufen ist und daher eine Abweichungsprüfung zu erfolgen hat. Entsprechende weitergehende Fachgutachten zur Abweichungsprüfung wurden folgerichtig vorgelegt (Unterlage FFH.3).</p> <p><i>„Die Verluste für die Erweiterung im Bereich „Lienen“ entsprechen einem Anteil von 2%; die im Bereich „Lengerich-Hohne“ einem Anteil von 4%. Der Flächenverlust liegt damit sowohl insgesamt als auch für die einzelnen Erweiterungsgebiete weit über der von TRAUTNER & LAMBRECHT (2007) formulierten 1%-Schwelle, so dass die Beeinträchtigungen der Planung für den Lebensraumtyp 9130 als erheblich anzusehen ist.“ (BOSCH & PARTNER 2016; Unterlage FFH.1, S. 45)</i></p> <p>Die HNB hat die vorgelegten Unterlagen geprüft und bewertet und sich eine eigene fachliche und rechtliche Meinung gebildet. Dabei wurden selbstverständlich die gebietsspezifischen Ausprägungen und Erhaltungszustände des FFH-Gebietes - seiner LRT und Arten - sowie die vorhandenen oder zu erwartenden Einwirkungen auf das Gebiet durch die vorgelegte Planung in die Bewertung eingestellt. Hierzu wurde auch das LANUV beteiligt und gebeten zur Bedeutung und Integrität des FFH-Gebietes „Teutoburger Wald mit Intruper Berg“ und insbesondere zur möglichen Beeinträchtigung der betroffenen LRT und Arten und hier insbesondere des LRT 9130 „Waldmeister-Buchenwald“ Stellung zu nehmen.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Bei Anwendung der Rechtsprechung des BVerwG zur flächenbezogenen Bagatellschwelle kann deshalb konstatiert werden, dass die Darstellung der von der Fa. Dyckerhoff beantragten Erweiterung der Abgrabung „Höhne“ als BSAB-Gebiet die Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung erforderlich macht. Die HLB geht allerdings einen Schritt weiter: Sie folgert aus dem Flächenverlust von 4 % des Lebensraumtyps zugleich, dass eine erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes vorliegt. Die Auffassung der HLB, die Ausweitung der von der Fa. Dyckerhoff genutzten Abgrabung um 17,2 ha führe wegen der Überschreitung des 1 %-Kriteriums der Flächeninanspruchnahme zu einer erheblichen Beeinträchtigung des FFH-Gebietes „nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ ist bei Zugrundelegung der Rechtsprechung des BVerwG zu beanstanden. Denn nach der Rechtsprechung des BVerwG löst das Überschreiten der Bagatellschwelle lediglich eine Verpflichtung zur Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung aus. Nicht hingegen ist damit bereits festgestellt, dass eine erhebliche Beeinträchtigung gegeben ist. Dies bedarf vielmehr einer Feststellung im Einzelfall. Die Schlussfolgerung der HLB, allein wegen des Flächenverlustes von 4 % liege eine erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ ist deshalb unzutreffend. Vielmehr rechtfertigt dieser Tatbestand lediglich die Feststellung, dass eine Verträglichkeitsprüfung erforderlich ist. Hinzuweisen ist weiter darauf, dass die flächenbezogenen Irrelevanzschwellen eine pauschale, gebietsunabhängige Bewertung beinhalten. Die gebietsspezifischen Ausprägungen und Erhaltungszu-</p>	<p><i>„Das BfN hat in einem Handbuch (1998) „Das europäische Schutzgebietssystem Natura2000“ auf S. 338 für den LRT 9130 in Deutschland vier Hauptvorkommen ausgewiesen. Eines dieser Hauptvorkommen sind die benachbarten „Naturräumlichen Haupteinheiten“ D36 und D18. Das FFH-Gebiet DE-3813-302 Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg liegt in D36.</i></p> <p><i>Der Teutoburger Wald stellt in seiner NW-SO Ausrichtung eine Verbundachse für diesen LRT in D36 dar; das strittige Gebiet liegt dabei am NW-Ende dieser Achse und damit an der nord-westlichen Verbreitungsgrenze des LRT und seiner charakteristischen Arten in seinem Hauptverbreitungsgebiet. (Siehe https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/natura2000/Nat_Bericht_2013/Lebensraumtypen/waelder.pdf)</i></p> <p><i>Die Verbreitung/Distribution dieses LRT erlitte bei Inanspruchnahme von Flächen in diesem FFH-Gebiet nicht nur eine erhebliche Verkleinerung ihrer Fläche (area), sondern auch eine erhebliche Verkleinerung ihres Verbreitungsgebietes (range), weil vom Hauptverbreitungsgebiet bzw. der Verbundachse das NW-Ende quasi abgeschnitten würde, zumindest aber die räumliche Verbindung geschwächt würde.“ (Stellungnahme des LANUV vom 19.07.2017)</i></p> <p><i>„Die Integrität des FFH-Gebietes „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ ergibt sich derzeit u.a. durch die Lage und Verteilung der insgesamt mit einem günstigen Erhaltungszustand (B = gut, > 80 % der LRT-Fläche) bewerteten LRT-Flächen des LRT 9130. Ergänzt wird dies durch LRT-Funktionen</i></p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>stände des jeweiligen FFH-Gebietes bleiben ebenso unberücksichtigt wie die vorhandenen oder zu erwartenden Einwirkungen auf das Gebiet. Die gebietsspezifischen Besonderheiten können deshalb bei Anwendung der Bagatelleschwellen nicht berücksichtigt werden.⁵² Auch daraus folgt, dass allein wegen der Überschreitung einer Bagatelleschwelle eine erhebliche Beeinträchtigung eines FFH-Gebietes nicht angenommen werden kann. Zwar wird man davon ausgehen müssen, dass eine Überschreitung des Bagatellwertes von 1 % der Fläche eines FFH-Gebietes das Erfordernis einer Verträglichkeitsprüfung auslöst. Damit steht jedoch noch nicht zugleich fest, dass im Ergebnis nach Durchführung der Verträglichkeitsprüfung eine erhebliche Beeinträchtigung bejaht werden muss. Vielmehr kommt es dafür auf die konkreten Erhaltungsziele und -zustände in dem betroffenen Natura 2000-Gebiet sowie die Wirkungen der vorgesehenen Eingriffe auf den Erhaltungszustand und die Erhaltungsziele an.⁵³ Davon geht auch die von der HLB zur Begründung einer erheblichen Beeinträchtigung des FFH-Gebietes „nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ angewendete Fachkonvention Lambrecht/Trautner aus.⁵⁴ Eine Prüfung unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse des FFH-Gebietes ist nicht erfolgt. Vielmehr geht die HLB ohne weiteres wegen der Überschreitung des 1 % Kriteriums der Flächeninanspruchnahme davon aus, dass eine erhebliche Beeinträchtigung vorliegt. Diese Beurteilung greift zu kurz. Zumindest hätte geprüft werden müssen, ob die vorgesehene Flächeninanspruchnahme von 17,2 ha wirklich in den LRT Waldmeister-Buchenwald eingreift oder ob lediglich eine Flächeninanspruchnahme gegeben ist, rein faktisch jedoch der LRT</p>	<p><i>für die dort vorkommenden charakteristischen Arten dieses LRT. Entscheidend für die Integrität des Gebietes ist demzufolge die Erhaltung und Entwicklung großflächig-zusammenhängender, naturnaher, meist kraut- und geophytenreicher Waldmeister-Buchenwälder auf basenreichen Standorten mit ihrer lebensraumtypischen Arten- und Strukturvielfalt in einem Mosaik aus ihren verschiedenen Entwicklungsstufen/Altersphasen und in ihrer standörtlich typischen Variationsbreite, inklusive ihrer Vorwälder sowie ihrer Waldränder und Sonderstandorte. Die Erhaltung solcher Waldbestände wird durch die beantragten Abgrabungsbereiche in Frage gestellt.“</i></p> <p>(...)</p> <p><i>„Nach der Fachkonvention von Lambrecht und Trautner liegt der Orientierungswert für den „quantitativ-absoluten Flächenverlust“ für den LRT 9130 zur Beurteilung einer erheblichen Beeinträchtigung bei 2500 m². Der ergänzende Orientierungswert für den „quantitativ-relativen Flächenverlust“ beträgt 1 %. Damit konnte für alle angefragten Varianten ohne Zweifel eine erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ festgestellt werden. V.a. durch die große Überschreitung der bei Lambrecht & Trautner (2007) benannten Bagatellschwellen kann diese erhebliche Beeinträchtigung aus Sicht des LANUV auch zu einer Gefährdung der Integrität des Gebietes beitragen.“ (Stellungnahme LANUV vom 09.09.2017)</i></p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Waldmeister-Buchenwald nicht oder nur in einem unerheblichen, also insbesondere das 1 % Kriterium nicht überschreitenden Umfang betroffen ist.</p> <p>Die Ausgangsfeststellung der HLB, wegen der Inanspruchnahme von 4 % der Fläche des LRT Waldmeister-Buchenwaldes sei eine erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebietes „nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ zu erwarten, ist deshalb angreifbar. Es hätte eine nähere Aufklärung der tatsächlichen Verhältnisse und insbesondere der Frage erfolgen müssen, ob und inwieweit der LRT Waldmeister-Buchenwald überhaupt durch die Ausweitung der Abgrabung beeinträchtigt werden kann. Dies ist nicht erfolgt.</p> <p>53 BVerwG, Urt. v. 12.03.2008 – 9 A 3.06 –, BVerwGE 130, 299 Rn. 125 f.</p> <p>54 Vgl. Lambrecht/Trautner, Fachinformationssystem und Fachkonvention zur Bestimmung der Erheblichkeit im Rahmen der FFH-VP, 2007, S. 38 ff.</p>	<p>Sowohl in der vorgelegten FFH-Verträglichkeitsstudie von BOSCH & PARTNER als auch in der Stellungnahme des LANUV und bei der Prüfung durch die HNB wurde im Einzelfall für das betroffene FFH-Gebiet für jeden theoretisch betroffenen LRT und jede Zielart individuell die mögliche Beeinträchtigung anhand vorliegender Informationen ermittelt und bewertet. Das Ergebnis der Prüfung, das ein Ausnahmeverfahren erforderlich ist, basiert demnach nicht allein pauschal auf der Feststellung der Überschreitung des 1 %-Kriteriums nach TRAUTNER & LAMBRECHT (vgl: Anhang C, Stand 08.01.2018, Kap. 2.3).</p>
<p>2. Maßstäbe für zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses i.S.d. § 34 Abs. 3 Nr. 1 BNatSchG</p> <p>Die HLB hat in ihrer Stellungnahme eine FFH-Verträglichkeitsprüfung einschließlich einer Abweichungsprüfung durchgeführt. Unter dem Punkt 2.2 ihrer Stellungnahme hat die HLB definiert, wann zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses im Sinne des § 34 Abs. 3 Nr. 3 BNatSchG vorliegen. Zu Recht hat die HLB dabei darauf hingewiesen, dass weder die FFH-RL noch das BNatSchG den Begriff der „zwingenden Gründe“ definieren. Auch in der Rechtsprechung des EuGH hat dieser Begriff noch keine abschließende Klärung erfahren.</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Das BVerwG hat allerdings – auch darauf weist die HLB hin – angenommen, dass zwingende Gründe keine Sachzwänge erfordern, denen niemand ausweichen kann; Art. 6 Abs. 4 FFH-RL setzt hier nach vielmehr lediglich ein durch Vernunft und Verantwortungsbewusstsein geleitetes staatliches Handeln voraus.⁵⁵</p> <p>55 BVerwG, Urt. v. 06.11.2013 – 9 A 14.12 –, juris Rn. 72; BVerwG, Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22.11 –, juris Rn. 99; Urt. v. 17.01.2007 – 9 A 20.05 –, BVerwGE 1281 Rn. 129.</p> <p>56 Füßer/Lau, Die Alternativenprüfung nach Art. 6 Abs. 4 FFH-RL: Rechtsdogmatik, Detailfragen und Perspektiven nach der Münster/Osnabrück Rechtsprechung, 2012.</p> <p>57 Fisahn, Der Begriff des öffentlichen Interesses im Flachplanungs- und Naturschutzrecht, 2003.</p> <p>58 Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Habitatschutz (VV-Habitatschutz).</p> <p>59 Dazu: OVG NRW, Urt. v. 31.05.2011 – 20 D 80/05.AK, NuR 2011, 736 ff.; Füßer/Lau, NuR 2012, 448, 451 f.</p> <p>60 Hierzu: Möckel, in: Schlacke, GK-BNatSchG, § 34 Rn. 145; Winter, NuR 2010, 601, 604.</p> <p>Weiter weist die HLB auf die Auffassung von <i>Füßer</i> und <i>Lau</i> hin, wonach nur solche Gründe zwingend sein können, für die es einen konkreten Bedarf gibt, der wiederum mit einer beachtlichen Wahrscheinlichkeit bestehen muss.⁵⁶ Hingewiesen wird zudem auf eine Stellungnahme von <i>Fisahn</i>, der der Auffassung ist, dass die öffentlichen Interessen auf einer europäischen Ebene zwingend für das Projekt in einem Natura 2000-Gebiet sprechen müssten. Zwingende Gründe bestünden nicht, wenn das Projekt anderenorts ohne</p>	

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Beeinträchtigung eines Natura 2000-Gebiets verwirklicht werden könnte.⁵⁷</p> <p>Es wird auch hingewiesen auf die VVH-Habitatschutz NRW⁵⁸ vom 13.04.2010 – III 4-616.06.01.18, wonach zwingend solche Gründe sind, die eine Enteignung rechtfertigen würden.</p> <p>Die HLB hat damit im Ergebnis die Kriterien zusammengefasst, die für das Vorliegen zwingender öffentlicher Interesse benannt werden. Damit sind zugleich politisch wünschenswerte Vorhaben ohne ein tatsächliches oder beachtliches Gemeinwohlbedürfnis ebenso ausgeschlossen, wie öffentliche Interessen minderen Gewichts.⁵⁹</p> <p>Auch werden Vorhaben ausgeschlossen, wenn die damit verfolgten Gemeinwohlbedürfnisse durch andere Vorhaben bereits befriedigt werden.⁶⁰</p> <p>Die allgemeine Bestimmung der Anforderungen an zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses ist damit grundsätzlich nicht zu beanstanden.</p> <p>Allerdings gilt dies nicht für die im Anschluss an <i>Fisahn</i> aufgestellte Forderung, dass die öffentlichen Interessen auf der europäischen Ebene zwingend für das Projekt in einem Natura 2000-Gebiet sprechen müssten. Dies würde voraussetzen, dass das Projekt eine europäische Dimension hat. Darauf stellt weder Art. 6 Abs. 4 FFH-RL noch § 34 Abs. 3 Nr. 1 BNatSchG ab. Vielmehr genügt, dass es für die Durchführung des Vorhabens zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses gibt. Ob diese lediglich eine lokale, regionale oder auch eine darüber hinausgehende nationale oder gar europäische Dimension haben, ist hingegen irrelevant. Vielmehr</p>	<p>Der Anregung wurde - nach Auswertung der im offiziellen Verfahren eingegangenen Stellungnahmen - insoweit bereits gefolgt, als das in Kap. 2.2 des Anhangs C zum Umweltbericht in der Fassung vom 08.01.2018 nicht mehr auf die Erforderlichkeit einer europäischen Bedeutung des Vorhabens abgehoben wird.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>kommt es ausschließlich auf die Bedeutung der für das Vorhaben sprechenden Gründe des öffentlichen Interesses an.</p>	
<p>3. Konkretisierung der öffentlichen Interessen</p> <p>Die HLB hat angenommen, dass die für das Vorhaben sprechenden öffentlichen Interessen als eher geringwertig anzusehen sind. Zur Begründung hat sie insbesondere darauf hingewiesen, dass zwar an der Produktion von Tiefbohrzementen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen des Standortes Deutschland grundsätzlich auch ein öffentliches Interesse bestehe. Als rohstoffarmes und hochindustrialisiertes Land habe Deutschland überdies auch ein Interesse an der Aufsuchung und Gewinnung von Bodenschätzen (z.B. Erdöl) in anderen Erdteilen, für die wiederum Tiefbauzemente eingesetzt werden müssten. Demgegenüber sei allerdings festzustellen, dass eine Erweiterung des Steinbruchs Hohne erst im Jahre 2038 erforderlich werde. Damit seien erhebliche Prognoseunsicherheiten verbunden, denn niemand könne mit Bestimmtheit vorhersagen, ob das zum gegenwärtigen Zeitpunkt zugrunde gelegte öffentliche Interesse an der Gewinnung bis dahin Bestand habe. Des weiteren könne nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, dass die Voraussetzung der Verbundproduktion, die derzeit Grundlage der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sei, auch 2038 noch gelte. Hieraus folgert die HLB, dass ein grundsätzliches öffentliches Interesse für die Verbundproduktion mit dem Argument der alleinigen Herstellung von Tiefbohrzementen in Deutschland zum heutigen Zeitpunkt zwar</p>	<p>Wird zur Kenntnis genommen.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>anzuerkennen sei. Dies gehe jedoch mit großen Prognoseunsicherheiten einher, die das Gewicht des öffentlichen Interesses deutlich schmälerten.</p> <p>Diese Abwertung des öffentlichen Interesses an der Herstellung von Tiefbohrzementen in Deutschland durch die Fa. Dyckerhoff am Standort Lengerich ist nicht gerechtfertigt. Es ist zwar anerkannt, dass bloße Hoffnungen auf die Realisierung eines öffentlichen Interesses für die Annahme eines zwingenden öffentlichen Interesses nicht ausreichen.⁶¹ Auch können grundsätzlich Prognoseunsicherheiten bei der Bewertung der Bedeutung eines öffentlichen Interesses Berücksichtigung finden.⁶² Im vorliegenden Fall geht es jedoch um die Sicherstellung zur Versorgung mit dem Rohstoff Kalk in einer besonderen Qualität für die Dauer von 35 Jahren. Die Abwertung des öffentlichen Interesses an der Herstellung von Tiefbohrzement lässt diesen Planungshorizont außer Betracht. Naturgemäß nimmt die Prognosesicherheit mit der Zeitdauer ab, über die sich die Prognose erstreckt. Wenn jedoch Planungshorizont der Regionalplanung für die Sicherstellung der Verfügbarkeit des Rohstoffs Kalk die Dauer von 35 Jahren ist, muss diesem Umstand auch bei der Bewertung des öffentlichen Interesses an der Verfügbarkeit bestimmter Qualitäten von Kalk Berücksichtigung finden. Der LEP NRW geht davon aus, dass die Verfügbarkeit über 35 Jahre sichergestellt sein muss. Damit soll die langfristige Verfügbarkeit im Interesse der Investitionssicherheit und der nachhaltigen Nutzung von Lagerstätten und industriellen Standorten sichergestellt werden. Diesen Belang lässt die HLB bei ihrer Abwertung des öffentlichen Interesses an der Herstellung von Tiefbohrzement völlig außer</p>	<p>Aus Sicht der HNB wird zugestanden, dass an der Produktion von Tiefbohrzementen im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen des Standorts Deutschland grundsätzlich auch ein öffentliches Interesse besteht. Als rohstoffarmes und hochindustrialisiertes Land hat Deutschland überdies auch ein Interesse an der Aufsuchung und Gewinnung von Rohstoffen (z.B. Erdöl) in anderen Erdteilen, für die wiederum Tiefbohrzemente eingesetzt werden müssen.</p> <p>Ferner ist jedoch der Umstand zu betrachten, dass eine Erweiterung des Steinbruchs Hohne (Gewinnung von Rohstoffen für die Grauzementproduktion) erst im Jahre 2040 erforderlich würde und somit derzeit noch für rund 22 Jahre Versorgungssicherheit am Standort besteht. Aus diesem Grunde ist die Dringlichkeit der Darstellung von BSAB-Erweiterungsflächen im Teutoburger Wald zum jetzigen Zeitpunkt zu hinterfragen (vgl. VGH Baden-Württemberg, Beschluss v. 24.03.2014 – 10 S 216/13, openJur Rn. 16).</p> <p>Folgte man heute der Argumentation des Unternehmens, dass eine wirtschaftliche Produktion nur im Verbund mit den Grauzementen möglich sei, folgt daraus indirekt, dass es ein öffentliches Interesse an der Produktion von Grauzementen am Standort Lengerich gibt, da nur dadurch die Produktion von Tiefbohrzementen in Deutschland gewährleistet ist. Allerdings stützt sich die Betrachtung auf derzeitige Wirtschaftlichkeitserwägungen. Weder ist absehbar ob die Produktion von Tiefbohrzementen auch im Jahre 2040 nur im Rahmen einer Verbundproduktion möglich wäre, noch kann man mit Sicherheit voraussagen, dass eine Zulieferung des Kalksteins für die Grauzemente aus anderen Steinbrüchen im Jahre 2040 unwirtschaftlich sein wird und damit keine zumutbare Alternative darstellen würde. Die Firma Dyckerhoff</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Acht. Eine Abwertung der Sicherstellung der Lagerstätte über die Dauer von 35 Jahren ist wegen des langfristigen Planungshorizonts der Regionalplanung insbesondere für die Sicherstellung der Nutzungsmöglichkeit von Rohstofflagerstätten nicht gerechtfertigt. Vielmehr stellt gerade die langfristige Verfügbarkeit von Rohstofflagerstätten einen gewichtigen Belang von herausragendem öffentlichem Interesse dar. Die nachhaltige, bedarfsgerechte und für eine konkrete im öffentlichen Interesse liegende industrielle Produktion, nämlich der Herstellung von Tiefbohrzement erforderliche Nutzung von Lagerstätten und deren Verfügbarkeit auch nach Ablauf erheblicher Zeiträume sicherzustellen, liegt im besonderen öffentlichen Interesse. Eine Abwertung des Interesses an der Herstellung von Tiefbohrzement wegen der erst in einigen Jahren erforderlichen Inanspruchnahme der Lagerstätte ist deshalb nicht gerechtfertigt.</p> <p>61 So mit Recht: Möckel, in: Schlacke, GK-BNatSchG, § 34 Rn. 147.</p> <p>62 Möckel, a.a.O.</p> <p>Soweit die HLB in ihrer Stellungnahme unter dem Punkt 2.1.3, Wirtschaftliche Aspekte, feststellt, dass der Marktanteil von 9,4 % an Zementklinker nicht rechtfertigt, dass dessen Herstellung in besonderem öffentlichem Interesse liegt, mag dem zwar zuzustimmen sein, weil dieser Marktanteil möglicherweise substituierbar ist. Unberücksichtigt bleibt dabei allerdings die Tatsache, dass Tiefbohrzement und Zementklinker in einer Verbundproduktion hergestellt werden und dass insbesondere die Produktion von Tiefbohrzementen wirtschaftlich nur in einer derartigen Verbundproduktion möglich ist. Wenn aber die Herstellung von Tiefbohrzement in einer Ver-</p>	<p>hätte aktuell noch 22 Jahre Zeit, ein tragfähiges Alternativkonzept ggf. unter Einbeziehung der Möglichkeiten des Bahntransportes des Kalksteins z.B. aus Neubeckum nach Lengerich zu entwickeln.</p> <p>Im Ergebnis lässt sich daher aus Sicht der HNB feststellen, dass ein grundsätzliches öffentliches Interesse für die Verbundproduktion mit dem Argument der alleinigen Herstellung von Tiefbohrzementen in Deutschland zum heutigen Zeitpunkt anzuerkennen ist. Allerdings wird der in Lengerich produzierte Tiefbohrzement zu 100 % exportiert, was das Gewicht dieses öffentlichen Interesses deutlich schmälert. Hinzu kommen Prognoseunsicherheiten, sowie die - bei einem noch vorhandenen Versorgungszeitraum von 22 Jahren - fehlende unmittelbare Dringlichkeit.</p> <p>Grundsatz 9.1-1 des LEP stellt klar, dass durch die Darstellung von BSAB keine einzelnen Betriebsstandorte, sondern die Versorgung der Volkswirtschaft mit Rohstoffen gesichert werden. Dabei kann der in Ziel 9.2-2 festgelegte Versorgungszeitraum unterschritten werden, wenn sich im Rahmen der Abwägung ergibt, dass geeignete Flächen für 35 Jahre nicht zur Verfügung stehen.</p> <p>Eine Festlegung von BSAB in Bezug auf die Versorgungssicherheit für den Rohstoff Kalkstein kann im Regionalplan Münsterland für 35 Jahren grundsätzlich auch erfolgen, ohne Flächen im FFH-Gebiet in Anspruch zu nehmen; dies selbst dann, wenn man die unterschiedlichen Rohstoffqualitäten bei der Festlegung berücksichtigt.</p> <p>Reine Firmeninteressen stehen gemäß Grundsatz 9.1-1 beim LEP und der Festlegung von BSAB im Regionalplan nicht im Vordergrund.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>bundproduktion und die Sicherung der hierfür erforderlichen Lagerstätte über die Dauer von 35 Jahren ein besonderes öffentliches Interesse von erheblichem Gewicht darstellen, ist nicht zu erkennen, warum die damit in Verbund stehende und die Herstellung von Tiefbohrzement unabdingbare Herstellung von Zementklinker nicht auch im öffentlichen Interesse liegt. Denn ohne Zementklinker kann kein Tiefbohrzement wirtschaftlich hergestellt werden.</p> <p>Soweit die HLB unter der Nr. 2.1.4 Arbeitsplätze ebenfalls eine Abwertung der Bedeutung der Fa. Dyckerhoff für die regionale Arbeitsplatzstruktur wegen der hiermit verbundenen Prognoseunsicherheiten genommen hat, ist auch dies zu beanstanden. Auch insoweit ist</p>	<p>Eine Ausnahme vom Verbot der erheblichen Beeinträchtigung des FFH-Gebiets kann daher allein aus den Vorgaben des LEP nicht abgeleitet werden, da diese nicht als öffentliches Interesse herangezogen werden können, das sich nicht grundsätzlich anderweitig befriedigen ließe bzw. für eine bestimmte Nutzung geeignete Flächen nicht zur Verfügung stehen.</p> <p>Für die Anerkennung öffentlicher Interessen und vor allem für ihr Gewicht in der Abwägung spielen Prognoseunsicherheiten durchaus eine Rolle:</p> <p><i>"Bei der Gewichtung sind auch die mit der Planung verbundenen Prognoseunsicherheiten zu bewerten. Je weiter die Unsicherheiten reichen, desto geringer wiegt grundsätzlich das öffentliche Interesse an dem Vorhaben (BVerwG, Urt. v. 09.07.2009 - 4 C 12/07 - BVerwGE 134, 166 Rn. 17)"</i> (zitiert in OVG HB, Beschluss vom 03.04.2017, 1 B 126/16, Rn. 79).</p> <p>Es ist zwar grundsätzlich zutreffend, dass in der Landes- und Regionalplanung - gerade bei der Festlegung von BSAB, die auf 35 Jahre ausgelegt sind - mit Prognosen gearbeitet werden muss, nichtsdestotrotz werden die Prognoseunsicherheiten größer wenn die Planungszeiträume länger werden und somit nimmt das Gewicht des entsprechenden öffentlichen Belanges ab (s. u.a. BVerwG Beschluss v. 22.06.2015 - 4 B 59.14, Rn. 30).</p> <p>Ein Ausscheiden der Dyckerhoff-GmbH aus dem Markt würde innerhalb der Planungsregion nach Angaben der Firma Dyckerhoff den Verlust von 327 bis 345 Vollzeit-Arbeitsplätzen sowie deutschlandweit von 700-800 Vollzeit-Arbeitsplätzen hervorrufen.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>sicherlich festzustellen, dass eine Arbeitsmarktprogno­se über einen längeren Zeitraum erhebliche Unsicherheiten beinhaltet. Angesichts dessen, dass die langfristige Verfügbarkeit und Nutzbarkeit des Rohstoffs Kalk durch die Darstellung des BSAB sichergestellt werden soll und der Prognosehorizont der Regionalplanung 35 Jahre beträgt, kann diesem Umstand im vorliegenden Fall jedoch keine besondere Bedeutung beigemessen werden. Er rechtfertigt nicht die Abwertung des Gewichts der Sicherung von Arbeitsplätzen. Der Prognosehorizont von 35 Jahren der Regionalplanung geht gerade davon aus, dass die Sicherstellung der Nutzbarkeit von Rohstofflag­erstätten für den Kalkabbau auch im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen erfolgt. Auf die Frage, wie sich die Arbeitsplatzstruktur im Einzugsbereich eines BSAB und eines Unternehmens, das die Lagerstätte nutzt, zukünftig verändern wird, kommt es deshalb nicht an.</p>	<p>Grundsätzlich gibt es ein hohes öffentliches Interesse an der Erhaltung von Arbeitsplätzen, da hiervon, neben der Betroffenheit der Arbeitnehmer selbst, zahlreiche weitere öffentlich relevante Faktoren, wie z.B. die Kaufkraft, die Altersstruktur, die Versorgung und Auslastung der öffentlichen Infrastruktur und Schullandschaft oder auch die Einnahmen von Steuermitteln, Sozialbeiträgen und Versorgungskassen abhängt (BVerwG, 4 C 12.07 - Urteil vom 09.07.2009, Rn. 23).</p> <p>Dabei darf aber für die Region und den Kreis Steinfurt nicht außer Acht gelassen werden, dass hier nahezu Vollbeschäftigung vorzufinden ist. So betrug die Arbeitslosenquote im Kreis Steinfurt im November 2017 4,1%. Gleichzeitig hat die Beschäftigung seit dem Jahr 2000 um 20% und seit 2008 um 9,2% zugenommen. In einer SWOT-Analyse zu Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstruktur der Kohleregion Ibbenbüren werden als Stärken die wachsende Anzahl von Arbeitsplätzen und die niedrige und sinkende Arbeitslosenquote betont. Hinsichtlich der Risiken wird zuallererst der steigende Facharbeitermangel genannt. Erst als weitere Risiken werden der Verlust von Arbeitsplätzen, aber auch unbesetzte Ausbildungsplätze aufgeführt (GEORG-CONSULTING 2015, S. 8 u. 13).</p> <p>Ein weiteres Gutachten der Stadt Ibbenbüren zur Kohlekonversion in Zusammenarbeit mit GEORG CONSULTING geht – trotz der hohen Arbeitsplatzverluste durch das Auslaufen des Bergbaus - davon aus, dass der Strukturwandel, aufgrund der positiven Wirtschaftsentwicklung und der tragfähigen Strukturen der Region, positiv ablaufen wird:</p> <p><i>„Die Beschäftigungsentwicklung in der Kohleregion Ibbenbüren übertrifft die Entwicklung in Vergleichsregionen. In den vergangenen Jahren sind in allen Sektoren, sowohl in der Industrie als</i></p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
	<p><i>auch in den Dienstleistungen, neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden. (...) Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Industriebeschäftigung durch das Auslaufen des Kohlebergbaus im Jahr 2018 zurückgehen wird. Die Region hat aber aufgrund einer diversifizierten Wirtschaftsstruktur das Potenzial, diese strukturellen Veränderungen durch das Wachstum anderer Wirtschaftszweige zu kompensieren.“ (Stadt Ibbenbüren: Potenzialanalyse 2016, S. 30)</i></p> <p>In der Vergangenheit wurden BSAB-Flächenausweisungen und Abbaugenehmigungen vor allem unter dem Aspekt 'Erhalt von Arbeitsplätzen' genehmigt (siehe Kurzfassung Kalkgutachten u.a. S. 19). Wenn man sich die Entwicklung der Arbeitsplätze im Zeitablauf ansieht, war die Erteilung der Abtragungsgenehmigungen jedoch kein Garant für den Erhalt der Arbeitsplätze.</p> <p>Im Kalkgutachten (Kurzfassung) ist von ca. 600 Arbeitsplätzen im Mai 1997 in der Lengericher Kalk- und Zementindustrie die Rede. Heute sind noch 225 Personen bei Dyckerhoff beschäftigt (B&P B1 S. 23). Trotz in der Vergangenheit vorherrschenden wesentlich schlechteren Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsbedingungen (Kalkgutachten: Arbeitslosenquote: 8,5 % / 10,4 % Tendenz eher steigend), hat die Region den Verlust der Arbeitsplätze verkraftet und steht aktuell gut da, sogar mit positivem Entwicklungstrend. So hat sich die Arbeitslosenquote im Kreis nach 2005 stetig nach unten bewegt – trotz globaler Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009.</p> <p>Die Sicherung von Arbeitsplätzen ist grundsätzlich als öffentliches Interesse einzustufen (BVerwG, 4 C 12.07 - Urteil vom 09.07.2009, Rn. 23). In Anbetracht des positiven wirtschaftlichen Entwicklungstrends,</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Zu beanstanden ist auch die weitere Abwägung, die die HLB zwischen den für die Darstellung der Erweiterung der Abgrabung im Steinbruch Hohne sprechenden öffentlichen Interessen und dem Integritätsinteresse an der Erhaltung des FFH-Gebietes vorgenommen hat. Schon die Ausgangsannahme der HLB, dass es sich bei der Inanspruchnahme von 17,2 ha bzw. 4 % des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald „in jedem Fall“ um eine erhebliche Beeinträchtigung handle, ist zu hinterfragen. Die Qualität der Beeinträchtigung ist von der HLB nicht geprüft, sondern lediglich am 1 %-Kriterium festgemacht worden.</p> <p>Die Prognoseunsicherheit durfte nicht abwertend im Hinblick auf das Gewicht der öffentlichen Belange Sicherung der Rohstoffversorgung für die Herstellung von Tiefbohrzement und Arbeitsplatzsicherheit angesetzt werden, da es ja gerade darum geht, durch die Darstellung von BASB eine langfristige Verfügbarkeit der Lagerstätten von Kalk einer bestimmten Qualität für eine bestimmte Produktion sicherzustellen. Nicht erforderlich ist es überdies, dass für eine Erweiterung des Steinbruchs auch auf einer europäischen Ebene zwingende Gründe vorhanden sein müssen. Wie ausgeführt, verlangt weder die FFH-RL noch das BNatSchG eine europäische Dimension der für ein Vorhaben sprechenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses. Es kommt deshalb nicht darauf an, ob das Produkt Tiefbohrzement überwiegend in Europa oder in</p>	<p>der niedrigen Arbeitslosenzahlen und des aufkommenden Fachkräftemangels in der Region, kommt diesem Belang in der Abwägung jedoch ein eher geringes Gewicht zu.</p> <p>Zur Bewertung der Beeinträchtigung des FFH-Gebietes unter Pkt. 1 und 4</p> <p>Zur Prognoseunsicherheit s.o. Ferner wurden die Aussagen zum Punkt „Prognoseunsicherheit“ in der überarbeiteten Fassung des Anhangs C zum Umweltbericht (Stand 08.01.2018) im Vorfeld des EÖT eindeutiger formuliert und inhaltlich weiter ausgeschärft.</p> <p>Der Anregung wurde - nach Auswertung der im offiziellen Verfahren eingegangenen Stellungnahmen - insoweit bereits gefolgt, als das in Kap. 2.2 des Anhangs C zum Umweltbericht in der Fassung vom 08.01.2018 nicht mehr auf die Erforderlichkeit einer europäischen Bedeutung des Vorhabens abgehoben wird.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Übersee eingesetzt wird oder ob die Sicherung der Arbeitsplätze in der Region (Kreis Steinfurt) eine europäische Dimension hat.</p> <p>Völlig verfehlt ist die Annahme der HLB, zwingende Gründe des öffentlichen Interesses lägen schon deshalb nicht vor, weil weder für die Aufstellung eines Regionalplanes noch für eine immissionschutzrechtliche Genehmigung eine Enteignung durchgeführt werden dürfe. Darauf kommt es nach der VVH-Habitatschutz NRW nicht an. Vielmehr heißt es dort:</p> <p>„Infrage kommen z.B. solche Gründe, die eine Enteignung rechtfertigen würden.“⁶³</p> <p>63 FFH-Habitatschutz, 4.1.5.1, S. 18.</p> <p>Damit wird auf die Gründe die Zulässigkeit einer Enteignung, nicht jedoch darauf abgestellt, ob rechtlich ein Enteignungsverfahren zulässig ist. Nach der VV-Habitatschutz kommt es letztlich darauf an, ob es Gründe des öffentlichen Interesses für ein Vorhaben gibt, die gegenüber dem Integritätsinteresse an der Erhaltung eines FFH-Gebietes deutlich überwiegen. Diese Frage hat die HLB jedenfalls im Zusammenhang mit der Erörterung der enteignungsrechtlichen Voraussetzungen ungeprüft gelassen.</p>	<p>Hierzu führt das BVerwG Folgendes aus:</p> <p><i>„Damit ist aber zunächst nur gesagt, welche Zwecke generell dem Allgemeinwohl dienen und damit eine Enteignung rechtfertigen können. Jedoch ist nicht kraft Gesetzes festgestellt, dass jede von einem Unternehmen beabsichtigte Gewinnung von Bodenschätzen dem Allgemeinwohl dient. Ob dies konkret der Fall ist, bedarf vielmehr der Prüfung und Entscheidung im Einzelfall. Der Abbau von Bodenschätzen hat nicht stets Vorrang vor anderen öffentlichen Interessen und vor dem Eigentum Dritter. Die Enteignung ist im Einzelfall nur aufgrund einer Gesamtabwägung zulässig. Im Rahmen dieser Abwägung ist zunächst zu prüfen, ob das öffentliche Interesse an der Gewinnung gerade des bestimmten Bodenschatzes zur Versorgung des Marktes mit Rohstoffen so gewichtig ist, dass es den Zugriff auf privates Eigentum erfordert. Zu prüfen ist ferner, ob andere, gewichtigere Allgemeinwohlinteressen, beispielsweise solche des Natur- und Landschaftsschutzes, der Gewinnung des Bodenschatzes an dieser Stelle entgegenstehen. Ein Vorhaben, das zwar dem gesetzlich bestimmten Enteignungszweck dient, dem aber überwiegende öffentliche Belange anderer Art entgegenstehen, dient nicht dem Allgemeinwohl (Urteil vom 14. Dezember 1990 - BVerwG 7 C 5.90 - a.a.O. <252>; Urteil vom 24. Oktober 2002 - BVerwG 4 C</i></p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Insgesamt kann damit festgestellt werden, dass die Bewertung der für das Vorhaben Erweiterung des Steinbruchs Höhne durch Ausweisung und Erweiterung des BSAB sprechenden öffentlichen Interessen durch die HLB erhebliche Defizite aufweist. Das Gewicht der hierfür sprechenden öffentlichen Belange ist fehlerhaft bestimmt. Die Tatsache, dass Zweck der Darstellung eines BSAB im Regionalplan für Rohstofflagerstätten gerade die langfristige Sicherung der Verfügbarkeit und Nutzbarkeit der Lagerstätte und damit die Sicherstellung einer dauerhaften und nachhaltigen Produktion ist, für die bestimmte Qualitäten von Kalk erforderlich sind, bleibt völlig unberücksichtigt. Die von der HLB vorgenommene Abwägung zwischen dem Integritätsinteresse an der Erhaltung des FFH-Gebietes und den für die Darstellung eines erweiterten BSAB für den Steinbruch Höhne sprechenden öffentlichen Interessen ist deshalb fehlerhaft. Es liegt eine Abwägungsdisproportionalität mit der Folge vor, dass die Entscheidung über die Zulässigkeit einer Ausnahme vom Verbot einer erheblichen Beeinträchtigung des FFH-Gebietes „nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ fehlerhaft ist.</p>	<p><i>7.01 - BVerwGE 117, 138 <139> = Buchholz 11 Art. 14 GG Nr. 342).“ (BVerwG, Urt. v. 20.11.2008 - 7 C 10/08 - juris. Rn. 21)</i></p> <p>Bewertet man die öffentlichen Gründe, die für eine Erweiterung des Steinbruchs "Höhne" in Lengerich sprechen, an den genannten Maßstäben, so bestehen aus Sicht der HNB erhebliche Zweifel, ob diese den Anforderungen des BVerwG an „Gründe, die eine Enteignung rechtfertigen würden“ genügen und das hat nichts mit der Frage zu tun, ob für eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung grundsätzlich eine Enteignung möglich wäre.</p> <p>S.O.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>4. Überwiegen des öffentlichen Interesses gegenüber dem Integritätsinteresse</p> <p>Zweifel bestehen auch an der Rechtmäßigkeit der Prüfung der HLB, ob die für die Darstellung des BSAB sprechenden zwingenden Gründe des öffentlichen Interesses gegenüber dem Integritätsinteresse an der Erhaltung des Natura 2000-Gebietes „nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ überwiegen. Die HLB ist bei ihrer Abwägung davon ausgegangen, dass die für das Vorhaben sprechenden zwingenden Gründe des öffentlichen Interesses gegenüber den Belangen des Habitatschutzes deutlich überwiegen müssen. Diesem Ausgangspunkt ist zuzustimmen.⁶⁴ Die konkrete Abwägung der jeweils zu beachtlichen Aspekte ist indessen schon deshalb zu beanstanden, weil – wie ausgeführt – das Gewicht der für das Vorhaben sprechenden öffentlichen Belange fehlerhaft, nämlich zu niedrig bestimmt worden ist. Dem gegenüber ist die Schwere der Beeinträchtigung des FFH-LRT Waldmeister Buchenwald lediglich abstrakt, nämlich hinsichtlich der Flächengröße, nicht jedoch konkret bestimmt worden. Eine Bestandsaufnahme zu der Frage, welche Qualität der FFH-Lebensraum im Bereich der beantragten Erweiterung des Steinbruchs Höhne hat, hat nicht stattgefunden. Vielmehr wird lediglich darauf hingewiesen, dass 4 % der</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Wenn Projekte mehrere Planungs-/Genehmigungsebenen durchlaufen ist die FFH-Verträglichkeit jeweils der Maßstabsebene angepasst abgestuft vorzunehmen (VV-Habitatschutz, Pkt. 4.4.2 (MKULNV 2016)). Auf der jeweiligen Planungs-/Zulassungsebene sind nur die Festlegungen zu prüfen, die Gegenstand des jeweiligen Plans bzw. der Genehmigung sind.</p> <p>Auf Regionalplanebene ist eine detailgenaue Erfassung vor Ort nicht erforderlich. Auf dieser Planungsebene kann mit vorhandenen Daten gearbeitet werden. Im Rahmen möglicher zukünftiger Genehmigungsverfahren würden konkrete Kartierungen erforderlich. Für die Regionalplanebene sind die Daten des Standarddatenbogens des LANUV und die Gutachten der Firmen Dyckerhoff und Calcis ausreichend.</p> <p>Das LANUV als fachlich zuständiges Landesamt führt zur Bedeutung des FFH-Gebietes und zur Beeinträchtigung der Integrität des Gebietes durch die mögliche BSAB-Darstellung Folgendes aus:</p> <p>Das BfN hat in einem Handbuch (1998) „Das europäische Schutzgebietssystem Natura2000“ auf S. 338 für den LRT 9130 in Deutschland vier Hauptvorkommen ausgewiesen. Eines dieser Hauptvorkommen</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Gesamtfläche dieses Lebensraumtyps verloren geht, der Lebensraumtyp in einem günstigen Erhaltungszustand ist und für das Gebiet zudem ein hoher Entwicklungsbedarf bestehe.</p> <p>64 Dazu OVG Lüneburg, Urt. v. 20.05.2009 – 7 KS 28/07 –, NuR 2009, 719; Jarass, Die Zulässigkeit von Projekten nach FFH-Recht, NuR 2007, 371, 376 f.; Frenz, in: Frenz/Müggenborg, BNatSchG, 2. Aufl. 2016, § 34 Rn. 133. 33</p> <p>Gerade die Tatsache, dass für das Gebiet ein hoher Entwicklungsbedarf besteht, hätte Anlass sein müssen, die konkrete Qualität der durch das beantragte BSAB in Anspruch genommenen Fläche einer detaillierteren Untersuchung zu unterziehen.</p> <p>Auch die Verbundfunktion des konkreten FFH-Schutzgebietes „nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ ist unzureichend bestimmt worden. Jedenfalls bestehen Zweifel daran, ob die Lücke zwischen den FFH-Lebensraumtypen, die heute bereits durch den Steinbruch Höhne vorhanden ist, durch die Erweiterung des Steinbruchs und die Inanspruchnahme von 4 % der Fläche des FFH-Gebietes deutlich vergrößert wird, wie es durch die HLB in ihrer Stellungnahme angenommen wird.</p> <p>Im Ergebnis bestehen deshalb auch Zweifel daran, dass die Gewichtigkeit des Integritätsinteresses des FFH-Gebietes „nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ durch die HLB zutreffend bestimmt worden ist. Angesichts der unzutreffenden Abwertung der Qualität der mit der Ausweisung des BSAB verfolgten öffentlichen Belange und des ebenfalls fehlengewichteten Integritätsinteresses an der Erhaltung des FFH-Gebietes besteht eine offenkundige Abwägungsdisproportionalität mit der Folge, dass die in der</p>	<p>sind die benachbarten „Naturräumlichen Haupteinheiten“ D36 und D18. Das FFH-Gebiet DE-3813-302 „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ liegt in D36.</p> <p>Der Teutoburger Wald stellt in seiner NW-SO Ausrichtung eine Verbundachse für diesen LRT in D36 dar; das Gebiet liegt dabei am NW-Ende dieser Achse und damit an der nordwestlichen Verbreitungsgrenze des LRT und seiner charakteristischen Arten in seinem Hauptverbreitungsgebiet. (Siehe https://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/natura2000/Nat_Bericht_2013/Lebensraumtypen/waelder.pdf)</p> <p>Die Verbreitung/Distribution dieses LRT erlitt bei Inanspruchnahme von Flächen in diesem FFH-Gebiet nicht nur eine erhebliche Verkleinerung ihrer Fläche (area), sondern auch eine erhebliche Verkleinerung ihres Verbreitungsgebietes (range), weil vom Hauptverbreitungsgebiet bzw. der Verbundachse das NW-Ende quasi abgeschnitten würde, zumindest aber die räumliche Verbindung geschwächt würde.</p> <p>Von der Gesamtfläche des FFH-Gebiets DE-3813-302 „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ von rund 720 ha entfällt mit rund 420 ha der größte Anteil auf den LRT 9130. Dieser war mithin einer der wesentlichen Meldegründe. Die Bedeutung eines Gebietes wird nicht durch einen Rangplatz auf einer Liste (für die kontinentale biogeographische Region) bestimmt. Entscheidend für die Bedeutung eines FFH-Gebietes sind dessen Repräsentativität, dessen Erhaltungszustand und dessen Relative Fläche, zusammengefasst in einer Gesamtbeurteilung (siehe Amtsblatt...): Y:\LANUV\Abt2\Alle-Abt2\ffh_info_SDB\Amtsblatt.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>Stellungnahme der HLB vorgenommene Abwägung im Ergebnis fehlerhaft ist.</p>	<p>Die <u>Bedeutung wird einzelgebiets- bzw. LRT-weise ermittelt</u>. Ein Vergleich mit anderen Gebieten wäre dort nur insofern möglich, als verschiedene Aspekte über relevante Elemente (z. B. Randlage, Biotopverbundaspekte, besondere Artenausstattung) in die Gesamtbeurteilung einbezogen werden können.</p> <p>Für DE-3813-302 „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ steht im SDB für 420 ha LRT 9130 Folgendes:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Repräsentativität A – Hervorragende Repräsentativität • Erhaltungszustand B – guter Erhaltungszustand • Relative Fläche C – 0 -2% der Gesamtfläche des LRT (in Deutschland) • Die integrierende Gesamtbeurteilung ist „B – guter Wert“* • * Mit diesem Kriterium wird eine Gesamtbeurteilung des Wertes des Gebiets für die Erhaltung des betreffenden natürlichen Lebensraumtyps vorgenommen. Es dient einer integrierten Bewertung der vorherigen Kriterien unter Berücksichtigung des unterschiedlichen Gewichts, das diese für den betreffenden Lebensraum haben können. Es können auch andere Aspekte zur Beurteilung der relevantesten Elemente herangezogen werden, um den positiven bzw. negativen Einfluss auf die Erhaltung des Lebensraumtyps global zu erfassen. Die „relevantesten“ Elemente können je nach Lebensraumtyp variieren; denkbar sind menschliche Aktivitäten im Gebiet oder in benachbarten Gebieten, die den Erhaltungszustand des Lebensraumtyps beeinflussen können, die Eigentumsverhältnisse, der rechtliche Status des Gebiets, die ökologischen Beziehungen zwischen den verschiedenen Lebensraumtypen und Arten usw.

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
	<p>(DE 30.7.2011 Amtsblatt der Europäischen Union L 198/39)</p> <p><u>Lesehilfe:</u></p> <p><i>Für das Gebiet DE-3813-302 „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit In-truper Berg“ bzw. dort den LRT 9130 weist der Standarddatenbogen also den <u>höchsten Repräsentativitätsgrad „A – hervorragende Repräsentativität“</u> aus:</i></p> <p><i>„Anhand des Repräsentativitätsgrades lässt sich ermessen, „wie typisch“ ein Lebensraumtyp ist.“ Der LRT 9130 ist in diesem Gebiet also für den Natur-raum D36 in hervorragendem Maße typisch!</i></p> <p><i>Der aktuelle <u>Erhaltungszustand</u> dieses Lebensraumtyps im Gebiet ist mit „B – guter Erhaltungszustand“ bewertet. Diese Einschätzung erfolgte auf der Grundlage von Felderhebungen, die Datenqualität ist also richtigerweise mit „G – gut“ angegeben. Der Erhaltungszustand wird aus drei Kriterien gemittelt: „Erhaltungsgrad der Struktur und der Funktionen des betreffenden natürlichen Lebensraumtyps und Wiederherstellungsmöglichkeit.“ Das LANUV bewertet diese Kriterien im Rahmen der so genannten Erhaltungszustandsbewertung für Strukturen, Artenzusammensetzung (als Merkmal für Funktionen) und Beinträchtigungen (als Merkmal für Wiederherstellungsmöglichkeit) für jede einzelne Biotoptypenfläche und mittelt diese Werte dann für den Eintrag in den SDB.</i></p> <p><i>Die <u>Relative Fläche</u> des LRT im Gebiet ist methodisch bedingt fast immer „C“, weil sie den Anteil des LRT im Gebiet an dem Gesamtvorkommen des LRT in Deutschland angibt.</i></p> <p><i>Mit der integrierenden <u>Gesamtbeurteilung</u> „B – guter Wert“ ist die Bedeutung des LRT vollumfänglich und generalisierend ausgedrückt.</i></p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
	<p>Die Integrität des FFH-Gebietes „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ ergibt sich derzeit u.a. durch die Lage und Verteilung der insgesamt mit einem günstigen Erhaltungszustand (B = gut, > 80 % der LRT-Fläche) bewerteten LRT-Flächen des LRT 9130. Ergänzt wird dies durch LRT-Funktionen für die dort vorkommenden charakteristischen Arten dieses LRT. Entscheidend für die Integrität des Gebietes ist demzufolge die Erhaltung und Entwicklung großflächig-zusammenhängender, naturnaher, meist kraut- und geophytenreicher Waldmeister-Buchenwälder auf basenreichen Standorten mit ihrer lebensraumtypischen Arten- und Strukturvielfalt in einem Mosaik aus ihren verschiedenen Entwicklungsstufen/Altersphasen und in ihrer standörtlich typischen Variationsbreite, inklusive ihrer Vorwälder sowie ihrer Waldränder und Sonderstandorte.</p> <p>Die Erhaltung solcher Waldbestände wird durch die beantragten Abgrabungsbereiche in Frage gestellt. Die Wälder dieses Bereiches des Teutoburger Waldes sind großflächig aus ehemaligen Niederwäldern hervorgegangen. Diese Strukturen erlauben, dass besonders wärmebedürftige Arten in die vergleichsweise lichten Wälder eindringen und hier verbleiben konnten. Manche Abschnitte sind deshalb historisch bedingt z.B. orchideenreich. Einige dieser Arten haben an diesen für sie passenden Sonderstandorten im ansonsten für sie ungeeigneten Klima Nordwestdeutschlands ihre nördlichsten Vorkommen, wie zum Beispiel das Rote Waldvögelein (<i>Cephalanthera rubra</i>). Diese besondere Ausprägung der Waldstruktur und -zusammensetzung hat für allerlei naturschutzfachliche Fragestellungen erhebliche Konsequenzen: weder die allzu dichte Beschattung durch Altbäume noch die Pflanzung dichter</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
	<p>Jungbestände sind geeignet, diesen Besonderheiten gerecht zu werden. Vielerorts sind solche ehemaligen Niederwälder bereits verschwunden. Der Kalkzug des Teutoburger Waldes hat an dieser Stelle auch in dieser Hinsicht eine besondere Schutzbedürftigkeit.</p> <p>Kennzeichnend für das Gebiet sind die allmählichen Übergänge in den LRT-Varianten von den flachgründigen, trockenen Kamm- und Kuppenlagen über mittelgründige Mittelhangbereiche hin zu vergleichsweise tiefgründigen und feuchten Unterhangbereichen. Die charakteristischen (Pflanzen-)Arten des facettenreichen LRT 9130 reihen sich im FFH-Gebiet in typischer Weise entlang solcher Gradienten auf und begründen pflanzensoziologisch unterscheidbare Gesellschaften. Eine geplante Inanspruchnahme der Flächen wird sich vorwiegend auf die charakteristischen Pflanzenarten der Mittelhangbereiche, die zumeist dem <i>Hordelymo-Fagetum</i> angehören, auswirken. Es ist darüber hinaus nicht auszuschließen, dass durch die Inanspruchnahme von unterhalb der bestehenden Abgrabung gelegenen Mittelhangbereichen Ausbreitungswege für v.a. die ausbreitungsschwachen unter diesen Pflanzenarten (z.B. <i>Corydalis</i> sp. oder <i>Viola</i> sp.) beeinträchtigt werden. Eine zweite komplette Unterbrechung, wie sie bereits bei der Ausweisung des FFH-Gebiets durch die Dyckerhoff-Abgrabungen gegeben war, ist nicht zu befürchten, eine Beschädigung dieser Funktion jedoch nicht von der Hand zu weisen.</p> <p>Bei den im Gebiet vorkommenden charakteristischen Tierarten des LRT handelt es sich mit Schwarzspecht, Großem Mausohr, Bechsteinfledermaus und Feuersalamander um Arten, die unterschiedliche Strukturen des LRT nutzen. Der Schwarzspecht ist dabei als höhlenbauende Vogelart Strukturbildner im LRT. Die beiden Fledermäuse nutzen artspezifisch entsprechend unterschiedlich strukturierte Ausprägungen des LRT</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
	<p>(Mausohr: Hallenwälder; Bechsteinfledermaus: Altersstrukturwälder) als Nahrungshabitate. Der Feuersalamander ist auf Totholzstrukturen im LRT als Element seines Landlebensraums angewiesen. Die Fledermausarten wurden als Anhang-II Arten der FFH-Richtlinie im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung geprüft, ohne dass sich bei diesen beiden Arten eine erhebliche Beeinträchtigung ergeben hat. Der Schwarzspecht besiedelt ein Revier mit einer durchschnittlichen Größe von 250-300ha. Ein Verlust von LRT-Fläche in der Größenordnung von 25,8 ha liegt bei dieser Gesamtreviergröße in der natürlichen Schwankungsbreite. Der Feuersalamander besiedelt im FFH-Gebiet die Hangfußbereiche mit den Quellen und Wasserläufen und die umgebenden LRT-Flächen. Diese sind von den Abgrabungsbereichen nicht betroffen. Insgesamt kann damit eine indirekte Beeinträchtigung von LRT-Flächen über eine Beeinträchtigung von Lebensraumfunktionen der charakteristischen Arten ausgeschlossen werden.</p> <p>Fazit:</p> <p>Insgesamt hat das FFH-Gebiet eine hohe Bedeutung für das Netz Natura 2000 im europäischen, nationalen, landesweiten und regionalen Maßstab.</p> <p>Der Teutoburger Wald stellt eines von vier Hauptvorkommen des Lebensraumtyps Waldmeister-Buchenwald in Deutschland dar. Dieses Vorkommen ist zugleich der einzige Hauptverbreitungsraum in NRW (Weser- und Weser-Leine-Bergland), das sich nach Südosten (Thüringer Becken und Randplatten) fortsetzt. Die nördlichen Teile des Teutoburger Waldes inklusive des Intruper Berges gehören somit zu einem landesweit bedeutsamen Korridor für Buchenwälder auf Kalkgestein und haben daher eine hohe Bedeutung.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
	<p>Die Kalkbuchenwaldlandschaft erreicht im Nordwesten des Teutoburger Waldes ihre natürliche Verbreitungsgrenze im nordwestdeutschen Tiefland. Derartige Grenzbereiche sind floristisch oft verarmt und mitunter sogar essentiell von den Verbindungsachsen zum Hauptverbreitungsgebiet abhängig, aus dem immer wieder Arten einwandern können. In diesem größeren Zusammenhang sind die bestehenden Abgrabungen, insbesondere der Fa. Dyckerhoff, bereits jetzt ein Hindernis. Je mehr solcher Hindernisse in Folge nacheinander aufgereiht sind, umso schwieriger wird ein solcher Austausch.</p> <p>Ferner ist der Teutoburger Wald eine arealgeographische Nahtstelle zwischen subatlantischem und subkontinentalem Klima. Im gleichen Maße wie subkontinental verbreitete Arten entlang des Teutoburger Waldes nach Nordwesten vordringen, schieben sich atlantisch verbreitete Arten weiter nach Südosten vor. Wie schon zuvor dargestellt sind größere Unterbrechungen der Lebensraumkontinuität für solche Prozesse nachteilig. Die bestehenden Hindernisse sollten keinesfalls vergrößert werden. Aus den genannten Gründen ist das Gebiet ein wertvolles Element des Biotopverbundes von landes- und europaweiter Bedeutung.</p> <p>Durch den geplanten Verlust von 27 ha Waldfläche insgesamt gehen nicht nur 17,2 ha LRT-Flächen verloren, auch sonstige Waldflächen im FFH-Gebiet, die für die zukünftige Entwicklung des Gebietes eine Rolle spielen können, werden in der Größenordnung von 9,8 ha in Anspruch genommen. Damit wird auch die Entwicklung zukünftiger LRT-Flächen erschwert. Auch das steht im Widerspruch zu den Erhaltungszielen für das FFH-Gebiet und stellt die Integrität des Gebietes in Frage.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
	<p>Die ursprüngliche Abgrenzung des FFH-Gebietes musste die bestehenden Abgrabungen berücksichtigen. In den Steinbrüchen waren die wertgebenden Waldstrukturen naturgemäß nicht vorhanden. Bis heute wurde die Zielsetzung des günstigen Erhaltungszustandes für den LRT 9130 im Gebiet erhalten. Dies zeigt, dass die damals vorgenommene fachliche Abgrenzung des FFH-Gebietes ausreichend für die Zielsetzung ist und war. Mit einer Verkleinerung des Gesamtgebietes ist diese Zielsetzung und damit die Integrität des FFH-Gebietes in Frage gestellt.</p> <p>Bei einer Erweiterung des Steinbruches „Hohne“ ist aus quantitativer und qualitativer Hinsicht von einer Gefährdung der Integrität des FFH-Gebietes auszugehen. Eine 68-fache Überschreitung der Bagatellschwellen (nach Lambrecht & Trautner) aus der FFH-Verträglichkeitsprüfung und die Gefährdung der Erhaltungs- und Entwicklungsziele für den LRT 9130 aus qualitativen Gesichtspunkten lassen keinen anderen Schluss zu.</p>
<p>5. Berücksichtigung der Maßnahme zur Kohärenzsicherung</p> <p>Die HLB hat schließlich in ihrer Stellungnahme berücksichtigt, dass auf der Grundlage des zwischen dem Land NRW, dem Kreis Steinfurt sowie den Unternehmen Dyckerhoff und Calcis 2008 abgeschlossenen Vertrages im Vorgriff auf Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes durch Realisierung der Abgrabung integritätsstützende Maßnahmen im Verhältnis 1:4 der Inanspruchnahme durchgeführt werden. Diesen Maßnahmen hat die HLB jedoch deshalb kein erhebliches Gewicht beigemessen, weil daran, ob diese Maßnahmen sich innerhalb des prognostizierten Zeitraumes zu FFH-Lebensräu-</p>	<p>Den Bedenken wird nicht gefolgt.</p> <p>Es trifft zu, dass in einem Vertrag zwischen dem Land NRW, dem Kreis Steinfurt sowie den Unternehmen Dyckerhoff GmbH und Calcis Lienen GmbH&Co. KG im Jahre 2008 grundsätzlich die Anrechenbarkeit vorgezogener Maßnahmen als Kohärenzsicherungsmaßnahmen im Sinne von § 34 Abs. 5 BNatSchG sowie als Kompensationsmaßnahmen im Sinne von § 16 BNatSchG vereinbart wurde. Des Weiteren wurde vereinbart, dass die Aufforstungs- und Umbaumaßnahmen einen Vorlauf</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>men entwickeln können, eine erhebliche Prognoseunsicherheit bestehe. Überdies könnten sie auch bei einem größeren zeitlichen Vorlauf keinen oder allenfalls einen geringen Beitrag zum Ausgleich der Störung des Biotopverbundes am Hohner Berg leisten, da sich die durch die Erweiterung zunehmende Lücke im FFH-Gebiet an dieser Stelle nicht kompensieren lasse. Zudem seien alte, etablierte Wälder ungleich wertvoller und wiesen deutlich bessere Erhaltungszustände auf als Dickungen und Stangenhölzer, die ihr vollständiges Artenspektrum in der Regel erst nach vielen Jahrzehnten erreichen. Auch die Einstellung kohärenzsichernden und integritätsunterstützenden Maßnahmen in die Abwägung könne deshalb zu keinem anderen Ergebnis führen.</p> <p>Zweifelhaft ist schon, ob die auf der Grundlage des erwähnten Vertrages in Aussicht genommenen kohärenzsichernden und integritätsstützenden Maßnahmen bei der Entscheidung über eine Ausnahme überhaupt Berücksichtigung finden können. Der EuGH hat Überlegungen, durch vorgezogene Schutzmaßnahmen projektbedingte Flächenverluste und sonstige Beeinträchtigungen von FFH-Gebieten zu kompensieren und dadurch eine erhebliche Beeinträchtigung zu vermeiden, im Urt. v. 21.07.2016 (C-387/15) eine klare Absage erteilt.⁶⁵ Das BVerwG hatte in seiner bisherigen Rechtsprechung zwar angenommen, dass dies grundsätzlich möglich sei.⁶⁶ Der EuGH hat dies indessen nicht anerkannt. Nach dieser Entscheidung müssen solche Schutzmaßnahmen unberücksichtigt bleiben, deren Entwicklung erst nach der Erheblichkeitsprüfung abgeschlossen ist. Ausgleichende Schutzmaßnahmen im Unterschied</p>	<p>von wenigstens 15 Jahren zum Eingriff haben müssen, um als FFH-Lebensraumtyp eingestuft werden zu können und die Funktion der Kohärenzsicherung zu übernehmen.</p> <p>Die Erweiterung des Steinbruchs "Hohne" mit einer Inanspruchnahme von 17,2 ha FFH-Lebensraum würde demnach 17,2 ha Aufforstungsfläche sowie 51,6 ha Umbaufläche für integritätsstützende Maßnahmen in einem Zeitraum von 14 Jahren, beginnend 2023 (15 Jahre vor Beginn der Erweiterung) bis spätestens 2037 (15 Jahre vor der voraussichtlichen Beendigung der Erweiterung) erfordern. Es erscheint daher grundsätzlich möglich, dass im Laufe der Jahre mit dem entsprechenden zeitlichen Vorlauf Maßnahmen zur Kohärenzsicherung durchgeführt werden, sofern die dafür notwendigen Flächen mobilisiert werden können. Der Bodenmarkt in der Region ist jedoch zurzeit ausgesprochen angespannt und aus Sicht der HNB bestehen zumindest Zweifel daran, dass die erforderlichen Flächen in und außerhalb des in Rede stehenden FFH-Gebietes vollständig in geeigneter Lage mobilisiert werden können.</p> <p>Jedoch bleibt es bei der Einschätzung, dass die Kohärenzsicherungsmaßnahmen auch bei einem größeren zeitlichen Vorlauf keinen oder allenfalls einen geringen Beitrag zum Ausgleich der Störung des Biotopverbundes am Hohner Berg leisten können, da sich die durch die Erweiterung zunehmende Lücke im FFH-Gebiet an dieser Stelle mangels geeigneter Flächen dort nicht kompensieren lässt. Darüber hinaus sind alte, etablierte Wälder ungleich wertvoller und weisen deutlich bessere Erhaltungszustände auf als Dickungen und Stangenhölzer, die ihr vollständiges Artenspektrum i.d.R. erst nach vielen Jahrzehnten erreichen.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>zu Schutzmaßnahmen, mit denen etwaigen unmittelbar verursachten schädlichen Auswirkungen auf das Gebiet von vornherein verhindert oder verringert werden sollen, sind nicht zu berücksichtigen.⁶⁷</p> <p>65 Dazu: Korbmacher, Neuere Entwicklungen im Habitatschutzrecht, UPR 2018, 1, 4 f.</p> <p>66 BVerwG, Urt. v. 06.11.2012 – 9 A 17.11 – BVerwGE 145, 60 Rn. 60; Urt. v. 28.03.2013 – 9 A 22.11 –, BVerwGE 146, 145; Urt. v. 23.04.2014 – 9 A 25.12 –, BVerwGE 149; 289.</p> <p>67 EuGH, Urt. v. 21.07.2016 – C-387/15 –, Rn. 54.</p> <p>Bei Anwendung dieser Rechtsprechung ist zweifelhaft, ob die vorgesehenen Maßnahmen zur Kohärenzsicherung bzw. Sicherung des Integritätsinteresses überhaupt im Rahmen der Entscheidung über die Zulassung einer Abweichung Berücksichtigung finden können. Denn sie sichern nicht den Erhalt des Lebensraumtyps, sondern stellen Maßnahmen zum Ausgleich und zur Abmilderung der durch die Inanspruchnahme des FFH-Gebietes entstandenen Beeinträchtigungen dar. Es handelt sich nicht um Vermeidungsmaßnahmen, sondern um Kohärenzsicherungsmaßnahmen.</p> <p>Zu unterscheiden ist davon jedoch die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen Kohärenzsicherungsmaßnahmen innerhalb des Abweichungsverfahrens nach Art. 6 Abs. 4 FFH-RL berücksichtigt werden können, insbesondere im Rahmen des Überwiegens nach § 34 Abs. 3 Nr. 1 BNatSchG. Das BVerwG bejaht dies, sofern die Kohärenzsicherungsmaßnahmen in demselben FFH-Gebiet durchgeführt werden und für die konkret betroffenen Gebietsbestandteile einen Ausgleich bewirken.⁶⁸ Geht man mit der HLB davon aus, dass</p>	<p>Die Möglichkeiten der Umsetzung der Kohärenzsicherungsmaßnahmen und die Wahrscheinlichkeit ihrer Wirksamkeit spielen im aktuellen Verfahren jedoch keine Rolle, da in dem Punkt, inwieweit im Rahmen der Abwägung die zur Kohärenzsicherung vorgesehenen Maßnahmen überhaupt einbezogen werden können, aus Sicht der HNB der vorgebrachten Argumentation nicht gefolgt werden kann.</p> <p>Kohärenzsicherungsmaßnahmen stehen am Ende der Prüfkette des Ausnahmeverfahrens nach § 34 BNatSchG und kommen erst <u>nach</u> erfolgter Abwägung mit einer Entscheidung für die Durchführung des Projektes zum Tragen, daher können sie in der Abwägung - auch nach Auffassung des EuGH (Urteil vom 15.05.2014 – C 521/12 Rn. 29, 35) - keine Berücksichtigung finden (siehe hierzu auch OVG HB, Beschluss vom 03.04.2017, 1 B 126/16, Rn. 123; WULFERT 2016b:669). Die Europäische Kommission führt hierzu im Auslegungsleitfaden zu Artikel 6 Abs. 4 der FFH-RL (2007/2012) eindeutig aus:</p> <p><i>„Demzufolge stellen Ausgleichsmaßnahmen kein Mittel dar, um eine Verwirklichung von Plänen und Projekten unter Umgehung der Anforderungen von Artikel 6 zu ermöglichen. (...) Erst wenn die Entscheidung getroffen wurde, mit der Verwirklichung des in Frage stehenden Plans/Projekts fortzufahren, ist es an der Zeit, Ausgleichsmaßnahmen zu erwägen.“ (S.12)</i></p> <p>Dementsprechend stellt sich die Frage einer Gewichtung der vorgeschlagenen Kohärenzsicherungsmaßnahmen im Rahmen dieses Verfahrens nicht, da bereits die Frage des Überwiegens des öffentlichen Interesses negativ entschieden wurde und es somit nicht zu einer Verwirklichung des Plans kommt.</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>die Maßnahmen auf der Grundlage des genannten Vertrages zur Kohärenzsicherung und zur Sicherung des Integritätsinteresses Berücksichtigung finden können, bestehen allerdings Zweifel daran, ob die Gewichtung dieser Maßnahmen durch die HLB wirklich zutreffend ist. Es lässt sich zwar nicht bestreiten, dass Prognoseunsicherheiten dahin bestehen, ob die nach dem Vertrag vorgesehenen Maßnahmen insgesamt das Ziel erreichen, den FFH-Lebensraum Waldmeister-Buchenwald wiederherzustellen bzw. vorhandene Lebensräume dieses Typs zu optimieren. Das rechtfertigt es jedoch nicht, diese Maßnahmen mit einem geringen Gewicht zu versehen. Denn der europäische und der nationale Gesetzgeber gehen davon aus, dass Maßnahmen zur Kohärenzsicherung im Rahmen der Abwägungsentscheidung zu berücksichtigen sind. Zielen sie darauf ab, einen beeinträchtigten Lebensraumtyp wiederherzustellen und eine erhebliche Verbesserung der Qualität des FFH-Gebietes sicherzustellen, sind sie als Kohärenzsicherungsmaßnahmen anzuerkennen. Das gilt insbesondere dann, wenn – wie in der Stellungnahme der HLB – festgestellt wird, dass die Qualität des betroffenen FFH-Gebietes durch entsprechende Aufwertungsmaßnahmen noch deutlich gesteigert werden müsse. Werden gerade solche Maßnahmen getroffen, haben sie naturgemäß eine erhebliche Bedeutung für die Entwicklung des FFH-Gebietes und sind deshalb mit einem hohen Gewicht in die Abwägung einzustellen.</p> <p>Nach alledem bleibt im Ergebnis festzustellen, dass auch die konkret vorgenommene Abwägung zwischen dem Integritätsinteresse an der Erhaltung des FFH-Gebietes „nördliche Teile des Teutobur-</p>	

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>ger Waldes mit Intruper Berg“ und dem zwingenden öffentlichen Interesse an der Darstellung eines BSAB zu Erweiterung des Steinbruchs Höhne an einer Abwägungsdisproportionalität leidet und deshalb fehlerhaft ist.</p> <p>68 BVerwG, Beschl. v. 03.06.2010 – 4 B 54.09 – NVwZ 2010, 1289 Rn. 21; Urt. v. 09.07.2009 – 4 C 12.07 – BVerwGE 134, 166 Rn. 28.</p>	
<p>V. Zusammenfassung</p> <p>1. Die Berücksichtigung der Eigentümerinteressen der Fa. Calcis ist bisher unzureichend. Eine lediglich pauschale Berücksichtigung der Eigentümerinteressen ist auch auf der Ebene der Regionalplanung jedenfalls dann ausgeschlossen, wenn durch die Aufstellung von Zielen der Raumordnung die Verwirklichung eines bestimmten im Verfahren artikulierten Eigentümerinteresses endgültig ausgeschlossen und unmöglich gemacht wird. Die ablehnende Entscheidung hat dann den Charakter einer endgültigen Negativentscheidung. Die Frage, ob die Fa Calcis Zugriffsmöglichkeiten auf die Abgrabung Höste hat oder ob sie bei Darstellung lediglich dieser Abgrabung als BSAB wegen fehlender Zugriffsmöglichkeiten keine Möglichkeit zur Fortführung ihres Betriebes in der bisherigen Form hat, muss deshalb in der planerischen Abwägung berücksichtigt werden.</p> <p>2. Das folgt im Übrigen auch aus Art. 8 SUP-RL. Danach sind die Ergebnisse der Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Entscheidung über die Annahme eines SUP-pflichtigen Plans zu berücksichtigen. Eine Beschränkung ist nicht vorgesehen, so dass eine lediglich pauschalierende Berücksichtigung von Eigentümerbelangen jedenfalls dann</p>	<p>Anmerkungen zu den einzelnen Punkten s. oben</p>

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>mit Art. 8 SUP-RL unvereinbar ist, wenn diese Belange im Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung konkret benannt worden sind.</p> <p>3. Die Annahme der HLB, der sich die Regionalplanungsbehörde angeschlossen hat, wegen der Überschreitung der Bagatellgrenze von 1 % der Inanspruchnahme der Fläche der FFH-Gebietes „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ liege eine erhebliche Beeinträchtigung vor, entspricht nicht der Rechtsprechung des BVerwG. Hiernach induziert die Überschreitung der Bagatellschwelle lediglich das Erfordernis der Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung, nicht jedoch auch schon das Vorliegen einer erheblichen Beeinträchtigung. Dazu bedarf es der gesonderten Feststellung, in welcher Art und Schwere das FFH-Gebiet in seinen Erhaltungszielen durch die vorgesehene Maßnahme beeinträchtigt wird. In der Stellungnahme der HLB fehlen dazu jegliche Darstellungen. Vielmehr wird allein aus dem Flächenverlust von 4 % gefolgert, dass damit zugleich eine erhebliche Beeinträchtigung vorliegt. Das ist unzulässig.</p> <p>4. Die öffentlichen Interessen, die für die Erweiterung des BSAB Steinbruch „Höhne“ sprechen, sind von der HLB fehlgewichtet worden (Abwägungsdisproportionalität). Da die Regionalplanung das Ziel verfolgt, eine nachhaltige Nutzung von Lagerstätten für die Dauer von 35 Jahren sicherzustellen, ist eine Abwertung des für die Darstellung der Erweiterung des BSAB sprechenden öffentlichen Interesses wegen der von der HLB angenommenen Prognoseunsicherheiten nicht gerechtfertigt. Vielmehr ist dem Prognosehorizont der Regionalplanung bei der Bewertung des Gewichts der öffentlichen Interessen Rechnung zu tragen.</p>	

Aussage Gutachten	Stellungnahme HNB
<p>5. Die getroffene Abwägungsentscheidung zwischen den öffentlichen Interessen, die für die Darstellung der Erweiterung des Steinbruchs Höste sprechen und dem Integritätsinteresse an der Erhaltung des FFH-Gebietes „Nördliche Teile des Teutoburger Waldes mit Intruper Berg“ ist deshalb wegen einer Fehlgewichtung der öffentlichen Interessen zu beanstanden.</p>	